

Vorrang für Familien in Berlin – Kinder und Jugendliche ernst nehmen

Familie ist der Ort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Sie ist der Ort, wo die Grundwerte unserer Gesellschaft geprägt und gelebt werden. Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristige stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Familienpolitik ist deshalb immer auch Zukunftspolitik. Berlin muss daher auf die veränderten Bedürfnisse von Familien mit einer nachhaltigen Familienpolitik reagieren. Die Berliner Familienpolitik wird der Situation der Familien jedoch an vielen Stellen nicht gerecht.

Die Lebensvorstellungen und Lebensbedingungen der Menschen haben sich in den letzten Jahren verändert. Stark angestiegen ist die Zahl der allein erziehenden Eltern. Viele Kinderlose nennen als Gründe gegen eigene Kinder die Angst vor finanziellen Belastungen und die Unvereinbarkeit mit den eigenen Berufswünschen. Auch wenn die Familie die attraktivste Lebensform geblieben ist, bleiben fast 30 Prozent der Frauen kinderlos. Damit werden in Deutschland heute deutlich weniger Kinder geboren, als in den meisten anderen europäischen Ländern. Die Lebensstile der Menschen sind außerordentlich vielfältig geworden. Die meisten jungen Menschen wollen nicht vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gerade in der Großstadt Berlin scheinen viele Eltern mit den Anforderungen an eine gute Erziehung zunehmend überfordert zu sein, die die Kinder für das Leben fit macht. Eltern fällt es zunehmend schwerer ihre Kinder stark für das Leben zu machen, ihnen zu helfen, ihren Platz in unserer Gesellschaft zu finden und eigenverantwortlich zu handeln. Dies stellt für Mütter und Väter heute eine besondere Herausforderung dar. Denn einerseits müssen sie sich wachsenden beruflichen Anforderungen stellen und andererseits den Kindern ein Maximum an sozialen Kompetenzen und Bildung vermitteln. Dies bedeutet auch für das Land die Herausforderung Familien besonders zu unterstützen und stärker in die frühe Hilfe zu investieren, anstatt später die Folgekosten zu tragen. Die frühe Kinderbetreuung, Familienbildungsmaßnahmen und das Netzwerk Kinderschutz wurden vom Senat in der Vergangenheit nur halbherzig organisiert und finanziell unterausgestattet.

Demokratie braucht engagierte und interessierte junge Menschen. Viele Jugendliche haben aber das Gefühl, nicht mitreden zu können. Die Politik muss in Berlin daher auf Jugendliche zugehen und neue Foren politischer und gesellschaftlicher Beteiligung anbieten. Junge Menschen müssen für politische und gesellschaftliche Beteiligung stets aufs Neue gewonnen werden. Gerade in Zeiten einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise ist es wichtig, jungen Menschen demokratische Handlungskompetenzen zu vermitteln und Gelegenheiten dafür zu bieten. Programme wie das "Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung", das „Aktionsprogramm respectABel“ und besonders die Arbeit in Schülerversammlungen und Jugendparlamenten müssen gestärkt werden.

Angesichts der halbherzigen Familienpolitik des Senats, die mit einer Streichung der Zuständigkeit im Namen der Senatsverwaltung 2006 einen neuen Höhepunkt fand, sind die Forderungen an eine gute Familien- und Jugendpolitik unzählig. Aus unserer

Sicht sind jedoch einige Handlungsfelder besonders wichtig und aktuell, in denen sofort ein Kurswechsel eingeleitet werden muss.

1. Die Stellung von Familien muss einen höheren Stellenwert als bisher erhalten und gestärkt werden. Familien- und Kinderfreundlichkeit sind auf allen Ebenen zu fördern und anzuerkennen. Ohne gute Strukturen für Familien und ein familienfreundliches Lebensumfeld gibt es keine Zukunftschance. Die Gesellschaft wird brüchig, wenn es zu wenige Kinder gibt.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für die Großstadt Berlin ganz entscheidend. Die Bundesfamilienministerin, Frau Ursula von der Leyen, hat mit der Einrichtung des Elterngeldes sowie dem Ausbau der Betreuungsangebote für Kleinkinder wichtige Impulse gesetzt. Beim Rot-roten Senat spielt die Familienpolitik leider nur eine untergeordnete Rolle. Wir fordern vom Senat, dass er aktiv die Stellung der Familien stärkt, z.B. durch die öffentlichkeitswirksame Einrichtung eines Internet-Familienportals. Darüber hinaus fordern wir familienpolitische Maßnahmen in den Berliner Betrieben zu honorieren, durch Anreize zu fördern und zu unterstützen, indem der Senat einen Wettbewerb „Der familienfreundlichste Betrieb“ auslobt.

Während der seit 1996 initiierte Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“, der örtliche Maßnahmen kommunaler Politik auszeichnet und zur Stärkung eines kinder- und familienfreundlichen Lebensumfeldes anregt, in vielen Bundesländern mit Erfolg umgesetzt wurde, war die Beteiligung der Berliner Bezirke in den vergangenen Jahren nur schwer umsetzbar. Dabei bedarf die Familienpolitik der Bezirke durchaus einer gezielten und ganzheitlichen Förderung. Ein Wettbewerb „Der familienfreundlichste Bezirk“ kann hierbei die Transparenz der günstigsten Maßnahmen fördern und Anregungen für eine regionale Familienpolitik geben.

2. Kindertagesstätten müssen zu echten Bildungseinrichtungen werden. Das anspruchsvolle Berliner Bildungsprogramm (BBP) ist mit der derzeitigen Personalausstattung jedoch nicht umsetzbar. Wir fordern analog zum gescheiterten Volksbegehren eine Verbesserung des Personalschlüssels, der Leitungsausstattung und die notwendige Ausweitung der Bildungszeit für die Kinder. Während sich die Erkenntnisse über frühkindliche Bildungs- und Entwicklungsprozesse in den letzten 10 Jahren grundlegend verändert haben und die Anforderungen an Kindertagesstätten entsprechend weiterentwickelt wurden, arbeitet das Land Berlin weiterhin mit Personalschlüsseln (Erzieher-Kind-Relation), die aus dem Jahr 1978 stammen und mit Absenkungen fortgeschrieben wurden. Die schlechte personelle Ausstattung führt dazu, dass Kinder nicht ausreichend betreut und nach ihren Talenten gefördert werden können. Die Erzieherinnen brauchen für die Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms mehr Zeit für Fortbildung, für die pädagogische Vor- und Nachbereitung, für die Elterngespräche, für die Sprachstandstagebücher und für die Kinder, insbesondere die Kinder, die von zu Hause nicht die Zuwendung

- Die gestiegene Anzahl von Fällen der Kindesverwahrlosung und -vernachlässigung in Berlin zeigt, dass eine erhöhte Anzahl von Eltern ihren Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Diesen Entwicklungen hat die Politik des Rot-roten Senats bislang keine Rechnung getragen. Ganz im Gegenteil: Seit 2002 hat der Senat die Hilfen zur Erziehung drastisch gestrichen, nämlich um 160 Mio. Euro. Dass immer mehr Menschen vom sozialen Abstieg bedroht waren, wird bis heute ignoriert! Mindestens 332 Mio. Euro hätten in den Haushalt 2008 eingestellt werden müssen, das Ist-2008 lag aber bei tatsächlichen 363,6 Mio. Euro. Angebote zur Familienberatung wurden ebenfalls nicht ausgebaut. Das Netzwerk Kinderschutz ist eines der herausgehobenen und zukunftsweisenden Projekte, das finanziell unterversorgt ist. Wir fordern deshalb, dass die im Zusammenhang mit dem Netzwerk Kinderschutz entstandenen Irritationen über Bedarfe und die Defizite bei der Ausstattung und den Qualitätsstandards dringend geklärt und beseitigt werden müssen. Wir unterstützen die Forderungen des Deutschen Kinderschutzbundes, eine verlässliche finanzielle Absicherung der Unterstützungsangebote, insbesondere im Bereich der „Frühen Hilfen“ sicherzustellen und präventive Maßnahmen zum Wohle unserer Kinder zu stärken.
3. Vielfach herrscht in der Öffentlichkeit die Meinung vor, dass Jugendliche nichts mit Politik zu tun haben wollen. Dabei zeigen die Berliner Jugendlichen Ihr Engagement und Interesse für politische Teilhabe im Berliner jugendFORUM im Abgeordnetenhaus. Eine Vielzahl von Jugendprojekten stellt sich hier mit ihren Aktivitäten vor und es besteht die Möglichkeit der unmittelbaren Diskussion mit der Politik. Wir fordern deshalb, Jugendpartizipation im Rahmen von Jugendparlamenten, Runden Tischen oder Jugendforen in allen Sozialräumen zu ermöglichen. Die direkte Beteiligung und Mitbestimmung in allen Planungs- und Gestaltungsprozessen der Jugendarbeit muss daher sichergestellt werden. Dazu gehört auch die Einbeziehung der Jugendlichen in die Entscheidungsprozesse der bedarfsgerechten Jugendhilfeplanung. Wir fordern daher die Einrichtung eines Berliner Landesjugendamtes, damit die Beteiligung und Mitwirkung von Jugendlichen an den Planungsprozessen mit jugendrelevanten Inhalten ermöglicht und das demokratische Engagement aller betroffenen Jugendlichen umgesetzt werden kann.

Berlin, den 16. Juni 2009

Henkel

Demirbüken-Wegner

Steuer